

Vom Landesrat der A.- u. S.-Räte in Dresden. Scharfe Auseinandersetzungen.

Ueber die letzte Sitzung des Landesrates der A.- und S.-Räte in Dresden, über die wir bereits berichteten, wird nachträglich noch folgendes gemeldet: Der Landesrat der A.- und S.-Räte beschäftigte sich im weiteren Verlaufe seiner Beratungen noch mit der allgemeinen politischen Lage, wobei es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Ministern kam. Dies war namentlich bei der Besprechung über die Festsetzung der Wahllokalen in Sachsen der Fall.

Dr. Gradnauer wandte sich besonders scharf gegen den Minister des Innern, Lipinski und betonte, daß die anderen Minister doch die Möglichkeit haben müßten, sich über die zu erlassenden Verordnungen auszusprechen. — Lipinski stellte demgegenüber fest, daß ihm die Vollmacht zum Erlaß der Verordnung über die sächsischen Wahlen einstimmig übertragen worden sei. Das Verhalten der Kollegen Dr. Gradnauer sei illoyal. — Fleißner bestätigte die Tatsache, daß Lipinski die Vollmachten zur Veröffentlichung der Verordnung gehabt habe. — Dr. Gradnauer weist die Beschimpfung Lipinski's entschieden zurück. Er muß es ablehnen, auf ein solches Niveau herabzusteigen und entsprechend zu antworten. — Geher wendet sich in scharfer Weise gegen Dr. Gradnauer und den Stadtoberordneten Rijsche. Wenn ein Krach provoziert werden sollte, dann werde der auch kommen. Geher gab eine Erklärung der Unabhängigen bekannt, in der gesagt wurde, daß die politische Macht in den Händen der A.- und S.-Räte liege, und daß der Landesrat deren Zuständigkeit nicht einschränken dürfe. Seine Partei erkenne die Beschlüsse des Landesrates nicht an, die ohne ihre Zustimmung gefaßt worden seien. — Heldt, Chemnitz, betont, daß bei der Befolgung derartiger Grundzüge geordnete Zustände überhaupt nicht möglich seien. Die Unabhängigen wollten jede organische Fortentwicklung unterbinden. Hiergegen müsse man mit allen Mitteln ankämpfen. Lipinski habe einen Zuwachs der bürgerlichen Stimmen beabsichtigt, weshalb er die Nationalversammlung verweigern wolle und seine Kollegen falsch informiert habe. Dadurch habe er den letzten Rest des Vertrauens zur Regierung untergraben. Mit Pflicht und Rechtsgewißheit sei sein Verhalten nicht im Einklang, auch seien die Minister als Diktatoren aufgetreten. — Nach einer weiteren Aussprache, in der die Geister noch lebhaft aufeinander pflanzten, wurden die Urträge der Mehrheitssozialisten angenommen, nach denen die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung gleichzeitig mit den Wahlen zur Deutschen Reichsversammlung stattfinden sollen. Die sächsische Nationalversammlung soll spätestens acht Tage nach der Feststellung des amtlichen Ergebnisses einberufen werden. In gleicher Weise wurde ein Antrag Rijsche auf Einsetzung eines Zentralrates angenommen. — Geher erklärte hierzu, daß der Landesrat Arbeiter- und Soldatenrat seine Kompetenzen weit über sich rücken habe, weshalb die Unabhängigen die Beschlüsse nicht anerkennen würden, trotzdem sollten die unabhängigen Mitglieder des Landesrates auf ihren Posten verbleiben, sich jedoch der Präsenzverlegung der Wahlen widersetzen und sich an den Wahlen zum Zentralrat nicht beteiligen.

Sklavenarbeit unserer Gefangenen?

Die Behandlung der Elsas-Lothringen.

Zeitungsberichte melden aus der Schweiz, daß die in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, sowie zahlreiche in Elsas-Lothringen wohnhafte Altdeutsche angeblich nach dem gefährdeten Nordfrankreich abtransportiert werden sollen, um dort als Bauarbeiter zwangsweise Verwendung zu finden. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht kann, wie die Deutsche Waffenstillstandskommission erklärt, von deutscher Seite bisher nicht gegeben werden, aber es wurden unverzüglich sowohl von Seiten der deutschen Waffenstillstandskommission, als auch vom Auswärtigen Amt Erkundigungen eingezogen, um feststellen zu können, welche Tatsachen den gemeldeten Nachrichten zugrunde liegen. Jedenfalls wird von amtlicher Seite nichts versäumt werden, damit das Völkerrecht, das wir in der Behandlung der feindlichen Kriegsgefangenen gewissenhaft geachtet haben, auch von Seiten unserer Feinde den deutschen Kriegsgefangenen gegenüber gewahrt bleibt, und daß unsere Kriegsgefangenen beim Abschluß des Vorkriegs-Friedens gerettet werden.

Nachforschungen im Gange.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Aus dem Inhalt der am 28. Dezember in der internationalen Waffenstillstandskommission gewechselten Notizen ist hervorzuheben: Die Franzosen erklären, alle Gerüchte über die Internierung von Elsas-Lothringen oder ihrer zwangsweisen Verwendung zu Arbeiten durch die Franzosen seien falsch. Der Briefverkehr zwischen Deutschland und Elsas-Lothringen bleibt nach wie vor auch für die aus den Reichsländern ausgewiesenen Deutschen und deren zurückgebliebenen Angehörigen gesperrt mit Ausnahme wichtiger Handelsnachrichten nach erfolgter Postkontrolle. Die Frist für die Durchführung der Habe der aus Elsas-Lothringen vertriebenen Beamten wird von Kommissaren der französischen Regierung bestimmt. Marschall nach dem besten möglichen Entgegenkommen. Nach Nachweisung des Eigentumsrechtes werden die ausgewiesenen Familien ihre Möbel und ihren Besitz nach Alt-

deutschland bringen lassen können. Eine deutsche Note teilt mit, daß die Bahnhofsverwaltungen von Baden, Pfalz und Herzogtum Anweiler erhalten haben, Zivilpersonen von dem Zug Spa-Berlin abzuhalten.

Die Heimkehrförderung französischer Kriegsgefangener.

In Beantwortung einer Anfrage erklärte Deschamps in der französischen Kammer, daß die Zahl der Heimkehrer der Kriegsgefangenen 320 000 übersteigt. Wenn die Heimkehrförderung unter den nämlichen Bedingungen fortgesetzt werde, würden in drei bis vier Wochen alle Gefangenen zu Hause sein.

Wilson in England.

Neben dem Präsidenten.

In seiner Antwort auf eine Rede des Königs von England sagte Wilson: Eure Majestät! Der Einfluß, den das amerikanische Volk auf die Angelegenheiten der Welt besitzt, läßt sich in seiner Sympathie mit den Bestrebungen der freien Männer auf der ganzen Welt messen. Ich hatte das Privilegium, mit den Führern Ihrer eigenen Regierung und den Wortführern der Regierungen von Frankreich und Italien zu sprechen, und es freut mich, sagen zu können, daß ich dieselbe Auffassung wie sie von der Bedeutung und dem Umfang der Pflichten habe, die uns gemeinsam obliegen. Sie haben alle große Worte ausgesprochen, Sie haben die großen Worte Recht und Gerechtigkeit ausgesprochen und jetzt müssen wir zeigen, ob wir diese Worte verstehen oder nicht und wie sie im einzelnen auf die Abmachungen anzuwenden sind, die diesen Krieg abschließen müssen. Durch die Reihen der Menschen geht jetzt eine große Strömung. Die Menschen sind sich nicht zuvor dessen bewußt gewesen, wie wenig Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit in verschiedenen Dreiecken und unter den verschiedenen Staatsgewalten besteht. — Am Sonnabend war Wilson Gast des Oberbürgermeisters und der städtischen Behörden von London. Nachher empfing er in der amerikanischen Botschaft eine Abordnung der Bitterbundigen. Bei dieser Abordnung befanden sich Lord Grey, Asquith, Lord Breda und der Erzbischof von Canterbury. Bei der Vorstellung der Abordnung sagte Grey, England und Amerika seien sich darüber einig, daß der Bitterbund eine der wichtigsten Angelegenheiten sei, und daß es ein Unglück sein würde, wenn die Friedenskonferenz auseinanderginge, ohne ihn errichtet zu haben. Hierauf verlas der Erzbischof von Canterbury eine Adresse. Präsident Wilson erklärte in seiner Antwort: Es ist höchst erfreulich, daß die Mitglieder dieser Regierung unter denen sind, die mir dieses Dokument überreicht haben, denn wir auf der anderen Seite des Wassers haben diese Beweggründe sehr bewundert und den Grundzügen, welche die Regierung Großbritanniens bewegen, beipflichtet. Sie haben, indem sie dieser moralischen Mahnung folgten, gezeigt, wen wir organisieren müssen, nämlich diesen Sinn für Verpflichtungen, sonst wird das, was wir jetzt aufrichten, nicht von Dauer sein. Asquith sagte in seiner Erwiderung, der Präsident setzte sich für das ein, wofür sich die besten Geister in England einsetzen. Der Bitterbund sei der einzige Ausweg, um weitere Kriege zu vermeiden. Später überreichte eine Abordnung, welche fünf Millionen Arbeiter Großbritanniens vertrat, dem Präsidenten eine Adresse, in welcher gesagt wird, daß die Arbeiterpartei immer die Politik des Präsidenten unterstützt habe und dies auch in Zukunft gegen jede Opposition tun werde.

Londoner Besprechungen über die 14 Punkte.

Der Parlamentariercorrespondent der Times schreibt: Auf der Konferenz Wilsons mit Lloyd George und Bassou bildeten die berühmten 14 Punkte die Grundlage der Beratungen. Es besteht Ursache, anzunehmen, daß die Freiheit der Meere, der Bitterbund, die Schadenersatzungen, die territorialen Fragen im Zusammenhang mit dem Status der neuen Nationalstaaten, die Zukunft der deutschen Kolonien und des türkischen Reiches die Hauptpunkte der Unterredung bildeten. Außerdem kann man annehmen, daß einige dringende Angelegenheiten, die Lage Rußlands und die Bedenkmittelversorgung, besprochen wurden.

Der Papst an Wilson.

Nach italienischen Blättern hat der Papst einen Vertreter mit einer besonderen Botschaft bei Wilson beauftragt. Er soll bei ihm die Neutralität des Vatikans während des Krieges rechtfertigen, auf die menschenfreundlichen Werke zugunsten der Gefangenen und Deportierten hinweisen und die Vermittlung des Präsidenten für die Regelung der Lage des Vatikans nachsuchen.

Die drohende Weltrevolution.

Im Mailänder Secolo äußert sich der Sozialist Ferrarri zur Bildung eines Bitterbundes. Er kommt zu dem Schluß, daß der Verband selbst Gefahr laufe, durch äußere und innere Schwierigkeiten das Schicksal zu erleiden, welches er den Mittelmächtigen zuteil werde, wenn er ihnen einen Gewaltfrieden aufzwingt und die während des Krieges eingegangenen Verpflichtungen wie Papiertagen behandelt. Wenn das kommende Jahr nicht einen Frieden bringen werde, dann werde dem Weltkrieg die Weltrevolution folgen.

Die Wahlen in England.

Lloyd Georges Wahltag.

Nach einer Neutermeldung aus London werden die Wahlen durch die vollständige Niederlage aller Parlamentarier charakterisiert, die während des Krieges Friedensneigungen an den Tag legten. Die ehemaligen liberalen Minister wurden mit

großer Mehrheit geschlagen. Lord Balfour wurde wieder gewählt. Die Koalition (Regierungspartei) gewann 489 Sitze oder eine Mehrheit von 288. Nach den letzten Angaben ist die Lage folgende: Koalition: Unionisten 884, Liberalen 127, Arbeiter 10. Koalitionsgegner: Anhänger Asquiths 87, unabhängige Unionisten 48, andere 8, Arbeiterpartei 65, Frauen 1, Nationalisten 7, Sinnfeiner 70. Nur drei Ergebnisse standen noch aus. Der Sinnfeinerführer Debatema hat den Nationalisten Dillon geschlagen. Donat Dav, Redmond und Barnes wurden wiedergewählt. Die Kandidatin der Sinnfeinerpartei, Gräfin Marfied, wurde in Dublin gewählt. Auch Lloyd George wurde wiedergewählt. Mac Kenna und der Sozialist Bowett wurden geschlagen.

Aktuelle politische Meinungen.

Ein Kronprinz. Prinz Friedrich Karl von Hessen hat durch Vermittlung der finnländischen Gesandtschaft in Berlin endgültig auf die Krone Finnlands verzichtet. Die Lage in Osteuropa. Die „Times“ melden aus Mailand: Der Kammerpräsident der deutsch-österreichischen Republik Kenner erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Corriere della Sera“, daß er die Lage in Osteuropa für sehr dunkel ansehe. Die Deutsch-Österreicher werden sich einer etwaigen Donauföderation nicht anschließen, weil sie wissen, daß sie von den Slawen und den Magyaren gehaßt werden. Dagegen ziehen sie eine Union mit Deutschland vor, obwohl in dieser Richtung keine Schritte unternommen werden. Verschiebung der internationalen Sozialistenkonferenz. Der holländische Sozialistenführer van Kol erklärte, daß die für den 6. Januar in Lausanne geplante internationale Sozialistenkonferenz erst später einberufen werden könne. Das internationale sozialistische Bureau sei mit den Vorbereitungen für die Tagung beschäftigt, es sei sehr zu wünschen, daß die Tagung im Oktober stattfinden könne. Die für den 20. Januar zu erreichende Mehrheit werde eingehalten werden können, hängt von den Entscheidungen der verschiedenen Parteileitungen ab.

Von Stadt und Land.

Am 30. Dezember.

Zwei Versammlungen in Aue.

Versammlung der Demokratischen Partei.

Es war eine wichtige Versammlung, die am Sonnabendabend auf Einladung des hiesigen Demokratischen Vereins im Bürgergarten stattfand. Als Redner war Amtsgerechtes Dr. Wulffen aus Zwickau erschienen, der durch seine kriminalpsychologischen Schriften, in denen sich ein hoher Idealismus befand, zu einer literarischen Berühmtheit geworden ist. Den gleichen Idealismus legte Dr. Wulffen in seinem Referat an den Tag, das ihn nicht nur als einen formvollendeten und temperamentvollen Redner zeigte, sondern das auch bewies, daß Dr. Wulffen das umfangreiche und komplizierte politische Stoffgebiet, über das er sich verbreitete, souverän beherrschte. Die Versammlung leiteten als Vorsitzende die Herren Justizrat Kaab und Friscke (Ortskrankenkasse). Justizrat Kaab hielt eine kurze Ansprache, in der er u. a. auf unseren gegenwärtigen Jugendmensch hinwies und betonte, daß wir jetzt aufbauen müssen. Dazu müssen wir aber u. a. lernen und man könne es niemandem verdenken, wenn er jetzt seinen Standpunkt ändere. Bei einer Politik der Hilfsdeutschen und Konserativen treiben wir dem Bürgerkrieg zu und machen wir die Politik der Sozialdemokratie mit, so gehe es zu sehr im Eiltempo. Es werde da zu viel versprochen und deshalb habe die Deutsche demokratische Partei den goldenen Mittelweg gewählt. Mit der Bitte an die Versammlung, in der Aussprache objektiv zu bleiben, schloß Redner.

Amtsgerechtes Dr. Wulffen begann damit, daß er auf den neuen Geist verwies, der durch die Revolution heraufgekommen ist. Das Königtum ist überzuden, es mußte an seiner Scheinhelligkeit und inneren Unwahrscheinlichkeit zugrunde gehen. Keine Hand habe sich gehütet, sein Degen wurde geschliffen, um es zu schärfen. Redner stellte nun die Frage, wer die Revolution gemacht habe und beantwortete sie dahin, daß dies die demokratische und nicht die sozialdemokratische Gedankengruppe sei, jener demokratische Gedanke, der schon im alten Rom und Athen lebendig gewesen ist. Dieser demokratische Gedanke war in allen Volkswirtschaften auch unter der Monarchie vorhanden und die Demokraten haben ihn oft genug bedrängt. Zum Beweise dafür erwähnte Redner sein Buch über das Kind und seine Lehren über den Aufbau des Strafrechts. Nur dadurch, daß der Bürgerkrieg für die Demokratie bereitet war, konnte die Revolution ohne Blutergießen vor sich gehen. Die Sozialdemokratie ihrerseits habe nur vorzeitig auf der Revolution bedrängt und habe das Bürgertum angegriffen. Die Sozialdemokratie habe bei der Revolution in drei wesentlichen Punkten Mißerfolge erzielt: einmal hinsichtlich der erhofften Diffe der internationalen Profetarier zur Verhinderung eines schmachvollen Friedens, sondern durch das innerliche Gedank und die Unmöglichkeit der Abschaffung der Unabhängigen, endlich durch die Unausführbarkeit der Sozialisierung (Stürmische Unterredung). Der Redner wurde nochmals stürmisch unterbrochen, als er erklärte, daß auch die Sozialdemokraten die Mitschuld am Kriege trügen durch die Bewilligung der Kriegskredite. Sehr eingehend behandelte der Redner nun das Kapitel der Sozialisierung. Durch Verlesung von Aussprüchen und Stellen aus Schriften Eberts, Danas, Bernsteins, Sobens (Neuh) und anderer sozialistischer Autoritäten wies Redner nach, daß die Sozialdemokratie selbst nur mit der äußersten Rücksicht an die Sozialisierung herangeht und ihre schematische Durchführung für unmöglich hält. Wir haben, so erklärte Redner, aus dem Kriege nur unser Wirtschaftslieben gewonnen — dieses ist unsere Hoffnung und da darf es keine Bureaukratisierung der Arbeit durch den Staat geben, der langsam und teuer arbeite wie der private Unternehmer und der überdies nicht immer die besten Kräfte zur Verfügung habe. Über es fehlen der Sozialdemokratie auch die kommerziellen und industriellen Intelligenzen, für die man auf das Bürgertum angewiesen ist. Der Redner kam nach alledem zu dem Schluß, daß die Sozialisierung ein schwaches, geistiges Nichts sei, das in der Weise, wie die Sozialdemokratie es wollte, nicht zur Durchführung kommen könne. Er entwickelte nun, ganz ins Einzelne gehend, die programmatischen Forderungen der Deutschen demokratischen Partei, wie sie in unseren Lehren durch unsere wiederholten Veröffentlichungen bereits bekannt sind. Das vornehmste Merkmal